

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1748 Januar 27. Rathhäusliches Reglement für die Stadt Breslau . . .	1
1787 November 1. Allgemeine Bestimmungen des Justizreglements über die Geschäftsverteilung im Magistrat	69
1794 Februar 5. Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts über Bürger- tum und Stadtverwaltung	76
1794 März 29. Revidirtes Rathhäusliches Reglement für die Stadt Breslau	83
1797 Januar 6. Die Kriegs- und Domänenkammer an den Magistrat über die Annahme der Amtsbezeichnung „Stadtverordnete“ durch die Bürgerchaftsrepräsentanten	95
1808 März 10 und 12. Schriftwechsel zwischen dem Stadtverordneten Moriz und dem Magistrat über die von Moriz beabsichtigte Nieder- legung seines Amtes	96
1808 April 27. Die Kriegs- und Domänenkammer an Polizeidirektor Dofer über eine geplante Reform der Polizei	97
1808 November 19. Ordnung für sämtliche Städte der preussischen Monarchie. Dazu als Anhang: Instruction behufs der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsmäßigen Versammlungen . .	98
1809 Januar 18. Die Kriegs- und Domänenkammer an den Magistrat über die Einführung der Städteordnung.	132
1809 Januar 28. Der Magistrat an die Kriegs- und Domänenkammer über die Einführung der Städteordnung.	134
1809 Februar 3. Minister Graf zu Dohna an Oberlandesgerichtsrat Steinbeck über die Einführung in Königsberg und in Breslau . .	135
1809 Februar 11. Der Magistrat an die Kammer über den Fortgang der Einführungsarbeiten	137
1809 Februar 20. Minister Graf zu Dohna an den Oberpräsidenten von Maffow über die Einführung der Städteordnung	138
1809 März 8. Oberlandesgerichtsrat Dannenberg an den Oberpräsidenten von Maffow über den Stand der Einführungsarbeiten.	140
1809 März 16. Bistum und Domkapitel erklären dem Oberlandesgerichts- rat Dannenberg, ihre Untertanen zur Bürgerrechtsgewinnung nicht zwingen zu können	143
1809 März 17. Oberlandesgerichtsrat Dannenberg an den Minister Grafen zu Dohna über die der Einführung der Städteordnung entgegen- stehenden Schwierigkeiten	145
1809 März 19. Oberlandesgerichtsrat Dannenberg an Bistum und Dom- kapitel über die Notwendigkeit der Durchführung der Städteordnung	148

1809 März 21—23. Kommissionsbeschlüsse über die Stimmfähigkeit bei den Stadtverordnetenwahlen und die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten	149
1809 März 25. Oberlandesgerichtsrat Dannenberg an die geistlichen Gerichtsämter über die Bürgerrechtsgewinnung der Vorstädter	152
1809 März 30. Minister Graf zu Dohna an Oberlandesgerichtsrat Dannenberg über die Vereinigung der Vorstädte mit der Stadt	152
1809 April 5. Oberlandesgerichtsrat Dannenberg an die Regierung über die Stimmfähigkeit bei den Stadtverordnetenwahlen	153
1809 April 6, 7. Bericht der Chronik des Dr. med. Friedrich Gotthilf Frieße über die Stadtverordnetenwahlen	154
1809 April 8. Oberpräsident von Maffow an den Minister Grafen zu Dohna über die Stadtverordnetenwahlen und die weiteren Einführungsarbeiten	155
1809 April 17. Eröffnungssitzung der Stadtverordnetenversammlung	157
1809 April 18. Die Stadtverordneten an den König: Dank für Gewährung der Städteordnung, Ablehnung der Amtsketten und Medaillen	159
1809 April 19. Entwurf eines „Geschäftsreglements für den künftigen Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau“	160
1809 April 28 bis Mai 2. Protokolle über die Magistratswahlen	182
1809 Mai 3. Propst Rahn an Oberlandesgerichtsrat Dannenberg über die Magistratswahlen	185
1809 Mai 6. Verzeichnis der neugewählten Magistratsmitglieder, Stadtverordneten und deren Stellvertreter, mit Charakteristiken	186
1809 Mai 7. Die Regierung an Oberlandesgerichtsrat Dannenberg über die Eingemeindung der Vorstädte, über Wahl und Einführung des Magistrats	195
1809 Mai 10. Gesuch der Stadtverordneten um Bestätigung der Wahl des Oberbürgermeisters Müller	197
1809 Mai 15. Propst Rahn übermittelt Oberlandesgerichtsrat Dannenberg die Bemerkungen der Stadtverordneten zum Geschäftsreglement	198
1809 Juni 5. Entwurf zu einer Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung	199
1809 Juni 5. Vorstellung der Stadtverordneten an die Regierung gegen die Verstaatlichung der Polizei	202
1809 Juni 6. Entwurf eines „Statuts für die königliche Haupt- und Residenzstadt Breslau“	203
1809 Juni 9. Der Magistrat dankt den bisherigen Stadtverordneten für ihre Tätigkeit	225
1809 Juni 10. Minister Graf zu Dohna an die Regierung über die Bestätigung, die Besoldungs- und Rangverhältnisse der Magistratsmitglieder	226
1809 Juni 12. Die Regierung an die Stadtverordneten über die Kosten der königlichen Polizeiverwaltung	227
1809 Juni 20. Minister Graf zu Dohna mahnt die Regierung zur Aufmerksamkeit auf das Verhalten der Stadtverordnetenversammlung	228
1809 Juli 2. Begrüßungsschreiben des Polizeipräsidenten Streit an die Stadtverordneten	229
1809 Juli 3. „Instruction für die Polizeikommissärs der Haupt- und Residenzstadt Breslau“	230

1809 Juli 7. Die Regierung an den Minister Grafen zu Dohna über die Feierlichkeiten zur Einführung des Magistrats.	234
1809 Juli 10. Die Regierung an die Stadtverordneten über die Polizeikosten.	234
1809 April 27—Juli 10. Aus den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung	235
1809 Juli 13. Protokoll über die Einführung des Magistrats	240
1809 August 15. Beschlüsse der Armendirektion über die Reorganisation der Armenpflege	241
1809 September 18. Der Magistrat an die Stadtverordneten über den von ihnen angewendeten „Rekriptenstil“	243
1809 Oktober. Bitte der Armendirektion um Beiträge zur Armenverpflegung	244
1809 Oktober 17 und 20. Schriftwechsel zwischen Stadtverordneten und Magistrat über den Einfluß der ersteren auf die Verwaltung	245
1809 Oktober 30. Bekanntmachung betreffend eine neue Stadtanleihe	247
1809 November 1. Justizminister Beyme an die Stadtverordneten über die Notwendigkeit der Verstaatlichung des Gerichtswesens	249
1809 November 7. Beschlüsse der Armendirektion über die Tätigkeit der Bezirkskommissionen	250
1809 November 10. Der Magistrat an die Regierung über eine Erhöhung der Bürgerrechtsgebühren	251
1809 Dezember 13. Polizeipräsident Streit an die Sicherungsdeputation über Wohlfahrtsseinrichtungen in den Vorstädten	252
1809 Dezember 23. Gesuch des Magistrats und der Stadtverordneten um Fortbestand der 1808 eingeführten indirekten Steuern	254
1810 Januar 2. Bekanntmachung der Armendirektion über die Ein- sammlung der Armenbeiträge	258
1810 März 2. Immediatvorstellung der Stadtverordneten gegen die Ver- staatlichung der Polizei	259
1810 März 2 und 9. Schriftwechsel über eine der Stadtverordneten- versammlung geschenkte Fahne	262
1810 März 6. Die Sicherungsdeputation an das Polizeipräsidium über die Weigerung der Vorstädter, Kosten für Wohlfahrtsseinrichtungen aufzubringen	263
1810 April 4. Magistrat an die Stadtverordneten über das Verhältnis der Stadt zu der staatlichen Polizeiverwaltung	265
1810 April 2. Minister Graf zu Dohna an die Stadtverordneten über die Polizeiverwaltung	267
1810 Juli 13. Polizeipräsident Streit an den Magistrat betr. die Über- wachung der Pflasterarbeiten durch die Polizeibehörde	269
1810 August 8. Bericht des Magistrats an die Regierung über die Wir- kungen der Städteordnung	270
1810 August 8. Die Regierung an den Magistrat über die Reform des Elementarschulwesens	278
1810 August 13. Die Regierung an den Magistrat über die Annahme von Ausführungsbefugnissen durch die Stadtverordneten	279
1810 Oktober 9. Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Ver- staatlichung des Gerichtswesens	280
1809 Juli 14 bis 1810 Oktober 26. Aus den Protokollen der Stadtverord- netenversammlung	281

1810	November 28.	Die Stadtverordneten an das Stadtgericht über die Aufhebung der Gewerbeberechtigungen	288
1810	Dezember 14.	Vorstellung des Magistrats und der Stadtverordneten an den König gegen die Gewerbefreiheit	290
1810	Dezember 16.	Staatskanzler Hardenberg an Magistrat und Stadtverordnete über die Notwendigkeit der Gewerbefreiheit	294
1811	Januar 30.	Die Regierung an den Magistrat über den Widerstand gegen die Gewerbesteuer	297
1811	März 11.	Der Magistrat an die Regierung über Ursprung und Umfang der städtischen Konsistorialrechte	299
1811	März 13.	Die Regierung an das Stadtkonsistorium über Prüfung und Bestätigung der zu berufenden Geistlichen	305
1811	März 29.	Magistrat an die Stadtverordneten über die Einführung neuer, direkter Kommunalabgaben	306
1811	April 30.	Der Magistrat an die Regierung über die Organisation der Bürgergarde	309
1811	Juni 13.	Das Ministerialdepartement für Kultus und Unterricht an die Regierung über die Rechte des Stadtkonsistoriums	312
1811	Juli 8.	Magistrat an die Regierung über die Besteuerung der Vorstädter	313
1811	August 2.	Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Ausschließung eines Mitgliedes	315
1811	September 10.	Der Magistrat an das Ministerialdepartement für Kultus und Unterricht über die Beschränkung der städtischen Konsistorialrechte	316
1811	September 14.	Die Regierung an den Geheimen Staatsrat Sach über die Organisation der Bürgergarde	319
1811	November 2.	Staatskanzler Hardenberg an die Breslauer Deputierten über die Gewerbefrage, die Servislast und die Abtretung des Festungsgeländes	320
1811	November 13.	Die Regierung an den Magistrat über die Reform des Elementarschulwesens	322
1811	Dezember 6.	Der Magistrat an die Regierung über die Reform des Elementarschulwesens	323
1812	Juli 4.	Stadttrat Lange an Magistrat und Stadtverordnete über die „Nationalrepräsentation“	325
1810	Dezember 14 bis 1812 Oktober 30.	Aus den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung	326
1812	November 13.	Die Bewohner der Ohlauer Vorstadt an die Stadtverordneten über den Zustand ihrer Fahrstraße	333
1812	November 16 und 24.	Die Finanzdeputation und die Stadtverordneten über den Plan zur Ablösung der Gewerbeberechtigten	334
1812	Dezember.	„Grundlinien des Plans zu einer auf Beförderung der Salubrität und Verschönerung von Breslau abzweckenden Venußung der Festungswerke“	336
1812	Dezember 12 und 18.	Die Finanzdeputation und die Stadtverordneten über die Einziehung der Steuerrückstände und den Andrang zum Bürgerrechte	339
1812	Dezember 23.	Denkschrift Staatsrat Hoffmanns über den Wettbewerb der Landbäcker, -fleischer und -schuhmacher mit den städtischen Gewerbetreibenden	341

1813	Januar 15.	Der Magistrat an Stadtrat Lange über die Ablösung der Gewerbeberechtigten	347
1813	Februar 10.	Der Magistrat an die Bezirksvorsteher über die Bildung der freiwilligen Jägercorps	349
1813	März 8.	Der Magistrat an die Stadtverordneten über eine patriotische Gabe der Stadtgemeinde	350
1813	März 9.	Bekanntmachung des Magistrats über die Sammlung patriotischer Gaben	350
1813	März 31.	Magistrat und Stadtverordnete an Hardenberg über eine patriotische Gabe der Stadtgemeinde	351
1813	April 2.	Kabinettsorder an den Staatskanzler über die Bildung des Ablösungsfonds der Gewerbeberechtigten	352
1813	April 4.	Das Militärgouvernement an den Magistrat über die Bildung der Landwehr	353
1813	Mai 11.	Regierungspräsident Merckel drängt den Magistrat zur Beschleunigung der Landwehrbildung	353
1813	Mai 12.	Der Magistrat an Merckel über die Gründe der Verzögerung der Landwehrbildung	354
1813	Januar 22 bis Mai 24.	Aus den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung	356
1813	Mai 29.	Das Militärgouvernement an den Magistrat über das im Falle einer feindlichen Okkupation zu beobachtende Verfahren	358
1813	Juni 12.	Bescheid des Königs an die Deputation der Stadt über die Wiedereinführung der indirekten Steuern und über die Polizeiverwaltung	359
1813	Juni 14.	Magistrat und Stadtverordnete bitten den König, ihnen die Polizeiverwaltung noch weiter zu belassen	360
1813	Juni 16.	Polizeipräsident Streit an die Regierung über die Versuche des Magistrats, die Polizeiverwaltung an sich zu bringen	361
1813	Juni 18 und 21.	Magistrat und Stadtverordnete über ihr gemeinsames Wirken während der französischen Okkupation	366
1813	Juni 21.	Der Magistrat an die Regierung über den Verlauf der französischen Okkupation	367
1813	August 9.	Die Servisdeputation an den Magistrat über die Weigerung der Vorstädter, Servis und Kommunallasten zu entrichten	373
1813	August 28.	Magistrat und Stadtverordnete an General von Blücher über eine Lebensmittelschenkung für die Armee	374
1813	September 27.	Der Magistrat an die Stadtverordneten über eine direkte Sondersteuer zur Bestreitung des Kriegs- und sonstigen Geldbedarfs	375
1814	April 15.	Glückwunschadresse des Magistrats und der Stadtverordneten an den König	376
1814	Juli 26.	Die Regierung drängt den Magistrat zur Verbesserung des Elementarschulwesens	377
1815	Februar 3.	Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Verbesserung des Volksschulwesens	378
1815	Februar 22.	Der Magistrat beauftragt eine Kommission mit Aufstellung eines Plans für die Verbesserung des Elementarschulwesens	379
1815	August 4.	Stadtverordnetenbeschlüsse über die Reform des Elementarschulwesens	380

1815	Dezember 6. Der Magistrat an die Stadtverordneten über die Streitigkeiten mit der Regierung wegen der Verwendung des Festungsgeländes	383
1815	Dezember 8. Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Verwendung des Festungsgeländes	388
1816	Juni 11. Aufruf der Stadtverordneten zur Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen	389
1816	August 12. Beschwerde des Magistrats bei der Regierung über die Beschäftigung von Hilfsarbeitern und Kalkulatoren bei der Stadtverordnetenversammlung	390
1817	Januar 15. Die Regierung an den Magistrat über die Befugnis der Stadtverordneten zur Verwendung von Hilfskräften	393
1817	März 6. Der Magistrat bestreitet den Stadtverordneten die Befugnis, die Zahl der Deputationsmitglieder eigenmächtig zu erhöhen	395
1818	August 18. Das Ministerium des Innern an die Regierung über die Bestrafung des Ausbleibens bei den Stadtverordnetenwahlen	396
1819	September 23 und Oktober 19. Oberpräsident Merckel und Minister von Humboldt an die Regierung über die Wahl des Bürgermeisters Menzel auf Lebenszeit	397
1820	November 14. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Schweigepflicht ihrer Mitglieder	397
1821	März 6. Die Regierung an den Magistrat über den Plan einer Übertragung der Polizeiverwaltung an den Magistrat	398
1821	März 20. Bedingungen der Stadt für die Übernahme der Polizeiverwaltung	399
1822	September 13. Die Stadtverordneten an den Magistrat über ihr Recht zur Überwachung der Stadtverwaltung	401
1823	Juli 18 und 31. Der Magistrat weist einen Beschluß der Stadtverordneten als Überschreitung ihrer Zuständigkeit zurück	403
1823	November 30. Magistrat an die Stadtverordneten über die Zuständigkeit derselben in Sachen der städtischen Feuerzönetät	404
1824	September 28 und Oktober 11. Schriftwechsel zwischen Stadtverordneten und Magistrat über die Wiederwahl des bisherigen Rämmerers	405
1825	März 11. Die Breslauer Stadtverordneten an die zu Liegnitz über ihre dienstliche Gleichordnung mit dem Magistrat	406
1825	Mai 18. Der Magistrat bestreitet den Stadtverordneten das Recht zur Wahl der Hospitalvorsteher	406
1825	August 8. Magistrat an die Stadtverordneten über deren Befugnisse bei der Bürgerrechtsverteilung	408
1825	August 12. Die Stadtverordneten an den Magistrat über ihr Recht zur Wahl der Hospitalvorsteher	409
1825	September 19. Magistrat an die Stadtverordneten über deren Rechte bezüglich der Wahlen der Kirchen-, Schul- und Hospitalvorsteher	412
1829	Oktober 22. Vorschläge der Finanzdeputation zur Hebung des Defizits der Armenkasse	413
1829	November 21, Dezember 1. Kommissionsvorschläge und Stadtverordnetenbeschlüsse zur Hebung der Finanznot	416
1831	Januar 25. Die Stadtverordneten an den Oberpräsidenten von Merckel über das Verhältnis der Vorkräfte zur Stadt	419

1833	Oktober 26. Minister Freiherr von Brenn an den Oberpräsidenten von Merdel über eine kommissarische Untersuchung des Stadthaushalts	422
1834	Januar 16. Kabinettsorder an Magistrat und Stadtverordnete über die Ablösung der Gewerbeberechtigten	425
1834	März 24. Die Finanzdeputation über den geforderten städtischen Beitrag zum Ablösungsfonds	427
1834	April 20. Die Regierung an Oberpräsidialrat Storch über nötige Reformen im Stadthaushalte	429
1834	Mai 27. Die Regierung an den Magistrat über die Wiederbesetzung einer erledigten Stadtratsstelle	433
1834	Oktober 21. Oberpräsidialrat Storch an den Magistrat über Reformen im Etats-, Kassen- und Rechnungswesen	434
1835	Mai 13. Oberpräsidialrat Storch an die Regierung über seine bisherige Reformtätigkeit	438
1835	Dezember 8. Oberpräsidialrat Storch an den Magistrat über Reformen in der Bauverwaltung	440
1835	Dezember 15. Protest des Magistrats bei der Regierung gegen die ihm angedrohten Zwangsmaßregeln bezüglich der Bauverwaltung	444
1836	Januar 2. Oberpräsidialrat Storch an den Magistrat über die Mitwirkung der Stadtverordneten bei der Bauverwaltung	445
1836	März 29. Oberpräsidialrat Storch an den Magistrat über die Ergebnisse seiner Untersuchung des Stadthaushalts	447
1836	März 29. Gutachten Oberpräsidialrat Storchs über die Finanzlage der Stadt und über weitere Verwaltungsreformen	448
1837	Februar 11. Die Regierung an Minister von Rochow über die Bestätigung einer Stadtratswahl, der gesetzliche Bedenken entgegenstehen	461
1837	August 13. Die Regierung an den Magistrat über die auf Grund der Storchschen Revision erfolgten Maßnahmen der Staatsbehörden	462
1840	August 26. Vorschläge der Finanzdeputation über die Beschaffung von Amtsketten und Medaillen	465
1840	September 26. Minister des Innern von Rochow an die Regierung über die Amtsketten und Medaillen	466
1841	Februar 22. Stadtverordnetenbeschluß über Anträge an den nächsten Provinziallandtag	467
1841	März 12. Magistrat lehnt die Teilnahme an einem Antrage auf Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen ab	467
1841	März 23. Antrag der Stadt Breslau an den Provinziallandtag wegen einer Petition um Reichsstände	469
1841	September 7. Beschlüsse des Magistrats über die Beschaffung der Amtsketten und Medaillen	473
1842	August 3. Strafbestimmungen betr. Verspätung oder unentschuldigtes Fehlen in den Stadtverordnetenversammlungen	474
1842	September 24. Vorschläge einer gemischten Kommission über die Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen	475
1842	November 16. Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Oberbürgermeisterwahl, besonders über die Kandidatur des Regierungsrats Pinder	477
1843	März 6. Antrag der städtischen Behörden an den Provinziallandtag wegen der Vertretung der Stadt- und Landgemeinden im Landtage	479

	Seite
1843 September 13. Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Veröffentlichung von Stadtverordnetenbeschlüssen	482
1843 Oktober 25. Die Stadtverordneten an den Magistrat über eine im weiteren Theilnehmerkreise zu begehende Gedeknfeyer der Städteordnung	483
1844 Mai 24. Der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung betr. die Veröffentlichung von Berichten über die Tätigkeit der Versammlung	484
1844 Dezember 14. Oberbürgermeister Pinder an den Oberpräsidenten v. Merdel über die Vorgänge bei der Gedeknfeyer der Städteordnung	486
1844 Dezember 18. Die Stadtverordneten an den Magistrat über die Vorgänge bei der Gedeknfeyer der Städteordnung	490
1845 Februar 7. Antrag der städtischen Behörden an den Provinziallandtag wegen einer Petition um Pressfreiheit	491
1845 Februar 7. Antrag der städtischen Behörden beim Provinziallandtag wegen einer Petition um eine kirchliche Gemeindevertretung	492
1845 Februar 8. Antrag der städtischen Behörden beim Provinziallandtage wegen einer Petition um Erweiterung der Befugnisse der ständischen Ausschüsse	495
1845 März 26. Magistrat an den Oberpräsidenten von Merdel über die Beunruhigung der Bürgerschaft durch das Bestehen einer Geheimpolizei	497
1846 Mai 28, Juli 13. Beratungen der Stadtverordnetenversammlung über ihre Ausführungsbefugnisse und über die Schweigepflicht ihrer Mitglieder	498
1846 Juli 23. „Regulativ über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung“	499
1846 November 16. Kommissionsbeschlüsse über die an den nächsten Provinziallandtag zu richtenden Anträge	501
1847 März 4. Beschlüsse der Stadtverordneten zur Verminderung des Schreibwerks	503
1847 März 18. Beschluß der Stadtverordneten über die Teilnahme eines Bureaubeamten an ihren Sitzungen	503
1847 März 20. Denkschrift der städtischen Behörden über die Öffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen	504
1847 Juni 22. Oberbürgermeister Pinder an den Magistrat über die bei der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats zu berücksichtigenden Erfordernisse	506
1847 August 23. Kommissionsbeschlüsse über die Einführung der Öffentlichkeit bei den Stadtverordnetenversammlungen	508
1847 November 4. „Regulativ für die Versammlungen der Stadtverordneten“	510
1848 März 18. Adresse der städtischen Behörden an den König über die Notwendigkeit von Zugeständnissen an die Volkswünsche	511
1848 März 20. Beschlüsse über die Sendung einer Deputation an den König	512
1848 März 21. Stadtverordnetenbeschlüsse über die Einsetzung einer Sicherheitskommission, die Bewaffnung der Bürgerwehr und andere Maßregeln zur Erhaltung der Ordnung	513
1848 April 20. Magistrat und Stadtverordnete an die Regierung über die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters	515

	Seite
1848 Mai 20. Kommissionsberatung über Wiedergewinnung der Polizeiverwaltung für die Stadt	516
1848 Mai 31. Petition der städtischen Behörden an die Nationalversammlung um Rückgabe der Polizeiverwaltung an die Stadt	519
1848 Juni 25. Stadtverordnetenbeschluß über die baldige Vornahme der Oberbürgermeisterwahl	520
1848 August 5. Stadtverordnetenbeschluß über Vorberatungen für eine neue Gemeindeordnung	522
1848 September 26. Petition der städtischen Behörden an die Nationalversammlung um Beschleunigung der Beratungen über die Staatsverfassung	523
1849 September 13. „Reglement für die Kommissionen der Stadtverordneten zu Breslau“	524
1849 Oktober 9. Abänderungsanträge der städtischen Behörden zu dem Entwurfe der Gemeindeordnung	525
1849 November 19. Vorschläge der Finanzdeputation für eine Petition um Beibehaltung der Städteordnung	530
1849 Dezember 31. Petition der städtischen Behörden an die zweite Kammer um Ablehnung von Beschlüssen der ersten Kammer zur Gemeindeordnung	532
Register	535